



Mitgliederschwund

Bevor wir beklagen, dass sich immer mehr Mitglieder von ihren Parteien abwenden, noch ein paar Worte zu unseren Bauern, die es so schön in Berlin finden, dass sie länger bleiben möchten. Gestern jedenfalls befanden sich noch ein paar Hundert Trecker in der Stadt rund um das Brandenburger Tor.

Die Anliegen der Bauern mögen berechtigt sein. Die einen sagen so, die anderen sagen so. Nicht jede Gruppe, der das Regierungshandeln missfällt, weil Subventionen gekürzt werden oder die Tarifabschlüsse nicht hoch genug sind, hat die Möglichkeit, mit tausenden von Traktoren die Stadt oder den Bahnverkehr lahmzulegen. Andere Berufsgruppen, deren Anliegen genauso berechtigt sind, erlangen in der Öffentlichkeit nicht diese Aufmerksamkeit.

Verstörend ist es, wenn Trecker mit Galgen durch die Gegend fahren, an denen eine Ampel hängt. Ruhestörend ist es auch, wenn die Trecker mitten in der Nacht laut hupend über die B96 in die Stadt einfallen. So gewinnt man keine neuen Freunde. Und wenn man sich dann noch von einigen, hoffentlich wenigen Landwirten, das rechte Gequatsche anhören muss, ist die Grenze des Erträglichen überschritten. Man solle doch, sagte ein Bauer, der AfD die Chance geben, es besser als die jetzige Regierung zu machen. Genauso hat alles schon einmal angefangen, wie es endete, wissen wir nur zu gut. Die Fackeln liegen für den nächsten Marsch durchs Brandenburger Tor schon bereit und für die Wannseekonferenz 2.0 wird bereits in Potsdam geprobt.

Man kann über **Christian Lindner** sagen, was man will, seine Rede am Brandenburger Tor vor den Bauern, die zwar Lärm machen, aber nicht zuhören können, war couragiert. „**Sie können mir doch nicht erzählen, dass Sie wegen des Agrardiesels hier sind. Es hat sich doch über Jahre und Jahrzehnte etwas aufgestaut. Und deshalb lassen Sie uns darüber sprechen und nicht über den Agrardiesel.**“, rief Lindner der Menge zu.

Wer war denn seit 1949 für die Landwirtschaft zuständig? Acht CSU-Minister und vier der CDU, also zwölf der Union insgesamt. Die SPD stellte lediglich zwei Ressortchefs, wobei **Björn Engholm** lediglich dreizehn Tage im Amt war. Die längste Amtszeit hatte der FPD-Politiker **Josef Ertl** von 1969 bis 1983. Die Grünen waren mit **Renate Künast** von 2001 bis 2005 für die Anliegen der Bauern zuständig und seit 2021 **Cem Özdemir**, der das Ressort nach

16 Jahren von der Union übernahm. Insgesamt 41 Jahre lang seit 1949 waren CSU und CDU für die Landwirtschaft zuständig. Ja, da hat sich nicht nur etwas, sondern einiges aufgestaut.

Man kann die Ampel, trotz ihres kommunikationschwachen Bundeskanzlers nun nicht für alles verantwortlich machen. Die Union mit ihrem Möchtegern-Kanzler **Friedrich Merz** sollte nicht übermütig werden, nur weil sie aktuell mit 31 Prozent in den Umfragen genauso stark ist wie SPD (13), Grüne (14) und FDP (4) zusammen. Regieren könnte Merz nur mit einem oder zwei anderen Leuchtmitteln aus der Ampel.

Die Regierung hat es aus vielerlei Gründen derzeit schwer. Vor allem aber, weil man sie nicht arbeiten lässt, sondern sie durchs Dorf treibt. Die Rufe nach vorzeitigen Neuwahlen, angeschürt von den für derartige Aktionen bekannten Medien, werden immer lauter. Irgendwann könnte sich eine Eigendynamik entwickeln, die tatsächlich zu Neuwahlen führt.

Der Höhenflug der AfD ist ungebrochen. Sie käme nach einer Forsa-Umfrage vom 16. Februar auf 22 Prozent. Nicht jeder, der die AfD wählt, ist auch Parteimitglied. Aktuell sollen 40.000 Menschen in der Mitgliederkartei stehen, was einem Anstieg von mehr als 37 Prozent zum Jahresende 2022 entspricht.

Auch die Grünen können sich über einen Zuwachs freuen. Ende 2022 hatte die Partei 700 Mitglieder mehr als im Vorjahr, immerhin. Bei der SPD hingegen sieht es schlechter aus, ihre Mitgliederzahl sank um fast 15.000 von 379.861 auf 365.190 binnen eines Jahres. Noch schlechter sähe es aus, wenn nicht gleichzeitig rund 9.500 Neumitglieder zu verzeichnen gewesen wären. 1990 gab es noch rund 940.000 Genossinnen und Genossen.

Bei der CDU sieht es nicht viel besser aus. Zum Jahresende 2022 hatte sie knapp 372.000 Mitglieder, 1990 waren es noch fast 800.000. Bei der Union kommen noch die Mitglieder der CSU hinzu, zirka 131.000 zum Jahresende 2023. *Quelle: Süddeutsche Zeitung*

Es gibt viele Gründe, sich über unsere Demokratie Sorgen zu machen, und zwar weltweit. Mit dem bevorstehenden Durchmarsch von **Donald Trump** ins Weiße Haus, dürfte sich die größte Katastrophe dieses Jahres anbahnen. Es ist nicht zu fassen, dass jemand, der als Präsident das Parlament stürmen ließ, erneut Präsident werden darf. Genießen Sie die Demokratie, solange es sie noch gibt.

Ed Koch